



BRIEF AUS BERLIN

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel – Nr. 65

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was für eine Woche! Neben zahlreichen Anhörungen zu verschiedenen Themen haben wir wichtige Gesetze beschlossen, unter anderem zum Schienenlärm oder auch zur gerechten Bezahlung von Frauen und Männern. Am Mittwochabend fand das wahrscheinlich letzte Treffen der Koalitionsspitzen vor der Bundestagswahl statt. Außerdem habe ich im Plenum zum Thema Personennahverkehr im ländlichen Raum gesprochen.

Nach dieser anstrengenden Woche und insgesamt drei Sitzungswochen im März freue ich mich jetzt auf die Osterzeit, die ich endlich auch wieder einmal mit meiner Familie verbringen werde. Ich wünsche auch Ihnen und euch ein paar schöne Tage und ein frohes Osterfest.

Herzlichst Ihre

Birgit Kömpel



Martin Schulz verspricht Entschlossenheit und Optimismus



Wir hessische Bundestagsabgeordneten haben uns mit Martin Schulz getroffen. Unser neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat hat trotz des eher mittelmäßigen Saarland-Ergebnisses Entschlossenheit und Optimismus versprochen. Er spricht nicht nur von Respekt, er lebt ihn auch! Das Treffen war ein guter Austausch von Ideen und Strategien für den Wahlkampf. Ich freue mich auf die nächsten Wochen und Monate und bin überzeugt, dass wir erfolgreich sein werden. Der nächste Bundeskanzler heißt Martin Schulz!

Koalitionstreffen – Union sperrt sich gegen Gerechtigkeit für Frauen

Obwohl wir einiges erreicht haben, finde ich die abschlägige Haltung der Union zu den Themen Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit und auch zum Thema Solidarrente sehr schade. Beides verhindert Gerechtigkeit, insbesondere für die Frauen in unserem Land. In meinem Alter gibt es viele Mütter, deren Kinder inzwischen aus dem Haus sind und die gerne wieder Vollzeit arbeiten möchten. Sie stecken leider in der Teilzeitfalle.

Oder denken wir einmal an die vielen Frauen, die eben lange Jahre in Teilzeit gearbeitet haben und genau deshalb auch nur eine geringe Rente bekommen. Gerade für diese Frauen wollten wir die Solidarrente einführen. Es muss sich einfach lohnen zu arbeiten, und sie müssen mehr Rente erhalten als in der Grundsicherung. Die bisherige Situation ist schlichtweg ungerecht.

Nicht nur deshalb ist es wichtig, weiterhin hart daran zu arbeiten, am 24. September als stärkste Partei in Deutschland und mit einem neuen Bundeskanzler Martin Schulz Verantwortung für das Land zu übernehmen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: pixabay / Kutsche
www.birgit-koempel.de

Brexit: Lasst uns Freunde bleiben



Mit dem Einreichen des offiziellen Antrages auf Austritt hat Großbritannien den Brexit eingeleitet. Oft habe ich schon erwähnt, dass ich in London gelebt und gearbeitet habe und das Vereinigte Königreich liebe. Deshalb tut es mir noch immer unendlich leid, dass Großbritannien bald nicht mehr Bestandteil der EU sein wird. Dabei gab es für mich ja eigentlich genug Zeit, um sich mit dem Gedanken vertraut zu machen. Ich halte die EU für eine großartige

Errungenschaft und einen wichtigen Friedens-Stabilisator. Ich gehe davon aus, dass die 27 übrigen EU-Staaten weiter gut kooperieren und vielleicht sogar noch enger zusammenrücken. Großbritannien hat sich entschieden, das muss akzeptiert werden. Doch trotzdem sollten wir die Hand reichen: Lasst uns Freunde bleiben.

SPD schafft mehr Lohngerechtigkeit: Denn Frauen verdienen 100 Prozent!

Bislang haben Frauen 21 Prozent weniger Gehalt bekommen als Männer. Rechnerisch müssen Frauen im Jahr 2017 zweieinhalb Monate mehr arbeiten, um auf das durchschnittliche Gehalt von Männern zu kommen. Das ist ungerecht! Deshalb haben wir im Bundestag den Gesetzesentwurf zur Lohngleichheit verabschiedet.

In Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten dürfen die Mitarbeiter/innen erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden.

Und in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten muss regelmäßig geprüft werden, ob Frauen systematisch benachteiligt werden.

Dieses Gesetz ist ein weiterer Erfolg meiner Partei für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach dem Gesetz der Frauenquote, an dem ich als Berichterstatterin meiner Partei mitarbeiten durfte, ist das Lohngerechtigkeitsgesetz ein weiterer Schritt hin zu einem fairen Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist, dass Frauen am Ende jeden Jahres 100 Prozent in der Tasche haben.



Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

Kinder sind die Zukunft, Kinder müssen geschützt werden: Deshalb werbe ich darum, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Gerne schließe ich mich in diesem Punkt meinen Genossinnen Manuela Schwesig und Hannelore Kraft an. Eine Aufnahme ins Grundgesetz würde den Schutz der Kinder vor wiederholten Misshandlungen stärken. Und die Verankerung würde auch helfen, Beschwerden wegen Kinderlärm abzuwehren oder die Sicherheit im Straßenverkehr durch Zebrastreifen, Ampeln oder Tempolimits zu erhöhen: Kinderrechte müssen dort zuhause sein, wo sie hingehören: Bei den Grundrechten im Grundgesetz. Die Zeit ist reif für die Rechte der Kinder. Denn Kinder und Jugendrechte spielen heute noch eine Nebenrolle im Grundgesetz. Sie müssen aber eine Hauptrolle übernehmen.



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: pixabay / Kutsche
www.birgit-koempel.de

Keine lauten Güterzüge mehr auf Deutschlands Schienen

Seit meinem Eintritt in den Bundestag im Jahr 2013 setze ich mich für die Minderung von Verkehrslärm ein. Denn Lärm macht krank, die Menschen wollen zurecht die hohen Belastungen nicht mehr hinnehmen. Am vergangenen Donnerstag sind wir bei der Minderung von Lärm ein großes Stück vorangekommen. Das Schienenlärmschutzgesetz wurde verabschiedet, ab Dezember 2020 dürfen in Deutschland keine lauten Güterzüge mehr fahren.



Das Schienenlärmschutzgesetz enthält drei wesentliche Forderungen:

- Ab 2020 dürfen laute Güterzüge nur noch für den Gelegenheitsverkehr angemeldet werden und nicht mehr im Jahresfahrplan. Die Konsequenz wäre, dass der Zug entsprechend langsam fahren muss. Er würde die Strecke für nachfolgende Züge blockieren. Das wäre eine Strafe für leise Züge, die bereits umgerüstet sind. So werden die Möglichkeiten für laute Güterzüge, das Streckennetz zu nutzen, erheblich eingeschränkt.
- Monitoring-Stationen sollen eingerichtet werden, um die Lautstärke der Güterwagen zu überwachen. Denn ein einzelner Güterwagen kann die Lärmmenge eines sonst leisen Zuges deutlich erhöhen.
- Für die Zukunft ist die Entwicklung von leiserer Technik für Güterwagen weiterhin enorm wichtig. Züge, die noch laut sind, müssen umgerüstet werden können, sobald leisere Technik zur Verfügung steht.

In meinem Wahlkreis sind viele Menschen von großem Bahnlärm geplagt. Ich versuche weiterhin mit den betroffenen Kommunen Konzepte zu entwickeln, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Im Lärmschutzpapier meiner Fraktion ist die „Modellregion Fulda“ verankert. Hier können neue Projekte entwickelt werden.

Wir werden weiter an Verbesserungen für die Menschen entlang der Bahnschiene arbeiten. Denn wenn wir nicht für ausreichend Lärmschutz sorgen, dann gibt es keine Akzeptanz bei weiteren dringend notwendigen Baumaßnahmen – wie etwa dem Ausbau der Bahnstrecke Fulda-Frankfurt.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Birgit Kömpel.
Falls vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen gewünscht werden, dann bitte eine kurze Mail an birgit.koempel@bundestag.de

V.i.S.d.P.:
Birgit Kömpel
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Artikelbilder: pixabay / Kutsche
www.birgit-koempel.de